

Ergebnisse und Materialien

Heft Nr. 4, Jahrestagung vom 16. bis 17. April 2011 in Köln

In dieser Ausgabe:

Thema: Wirtschaftseinrichtungen der öffentlichen Hand – Möglichkeiten der demokratischen Steuerung

<i>Wirtschaftseinrichtungen der öffentlichen Hand – Möglichkeiten der demokratischen Steuerung</i> Von Klaus Lederer	S. 1
<i>Energieunternehmen Steag im Ruhrgebiet und öffentliche Kontrolle</i> Von Wolfgang Freye	S. 4
<i>Demokratische Steuerung am Beispiel Stadtwerke Köln GmbH</i> Von Jörg Detjen	S. 6
<i>Die Kölnmesse – ein Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge in Köln</i> Von Torsten Löser	S. 7

Öffentliche Unternehmen und deren Kontrolle

Von Michael Weisenstein S. 8

Thema: Europäische Wirtschaftsregierung – eine Perspektive?

Austerität für alle – Die EU bekommt eine Wirtschaftsregierung, die keine ist Von Jürgen Klute und Hanna Penzer S. 9

Politikwechsel in Europa Von Elisabeth Gauthier S. 11

Vereinsnachrichten

Protokoll der Jahrestagung vom 16./17. April in Köln S. 11

Haushaltsbericht (1.1.-31.12.2010), Haushaltsplan 2011 S. 12

Kassenprüfung. Bericht für das Jahr 2010 S. 12

THEMA: WIRTSCHAFTSEINRICHTUNGEN DER ÖFFENTLICHEN HAND – MÖGLICHKEITEN DER DEMOKRATISCHEN STEUERUNG

Klaus Lederer

Wirtschaftseinrichtungen der öffentlichen Hand – Möglichkeiten der demokratischen Steuerung

In der bisherigen Programmdebatte der Partei DIE LINKE konzentrierte sich die Diskussion um Wirtschaftseinrichtungen der öffentlichen Hand im Wesentlichen auf eine Verstaatlichungsdebatte. „Deutsche Bank zerschlagen, RWE entmachten, Schlüsselindustrien vergesellschaften“, das war in etwa die Blocküberschrift dieses Diskurses. „Vergesellschaftung“ war insoweit auch nur ein Codebegriff für „Verstaatlichung“, denn es blieb merkwürdig im Nebel, was sonst darunter zu verstehen wäre. Und im Übrigen blieb die ganze Debatte bei den klassischen antimonopolistischen Reflexen stehen. Das ist aber weder eine besondere analytische Glanzleistung noch ein besonderes Alleinstellungsmerkmal, denn das findet sich auch in der einen oder anderen ordoliberalen Theorie. Das ist noch nicht einmal zwingend progressiv, sondern kann – je nach den gesellschaftlichen Umständen – sogar ausgesprochen paternalistisch-reaktionäre Züge gewinnen. Ich habe das frühzeitig kritisiert, denn dieser Diskurs fokussierte auf den reinen Eigentumstitel, sah darin den Dreh- und Angelpunkt gesellschaftlicher Veränderungsprozesse im ökonomischen Feld. Inzwischen scheint sich hier eine gewisse Öffnung abzuzeichnen, was ich zentral finde, wenn wir analytisch und politisch nennenswert vorankommen wollen.

Das „Eigentum“ ist ein komplexes gesellschaftliches Verhältnis

Auch ich sehe in der „Eigentumsfrage“ eine Schlüsselfrage in der Diskussion um eine nachhaltige, den Menschen statt dem Profit dienende Ökonomie der Zukunft. Der zentrale Punkt ist aber: was ist für uns „Eigentum“? Und wie formulieren und beantworten wir folglich die „Eigentumsfrage“? Und was folgt daraus im ganz praktischen

alltäglichen politischen Handeln? Die Fetischisierung des staatlichen Wirtschaftens? Für mich ist die Frage des Eigentums nicht mit dem Verweis auf § 903 BGB¹ formuliert und mit dessen „Abschaffung“ „aufgehoben“. Für mich erschöpft sie sich auch nicht in der Zuordnung des Eigentums zu privaten oder öffentlich-rechtlichen Körperschaften.

Wenn ich über Eigentum rede, dann meine ich das privatkapitalistische Eigentum an Produktionsmitteln im Marxschen Sinne. Das ist eine weitaus komplexere Veranstaltung als der bürgerlich-rechtlich verankerte Eigentumstitel, auch eine komplexere Frage als die (ohne immer schwieriger zu vollziehende) Zuordnung zu „Staat“ oder „Privat“. Es geht um das Kapitalverhältnis als ein gesellschaftliches Verhältnis der Verfügung über wichtige Produktionsmittel, das Aneignung und Herrschaft (über Menschen und gesellschaftliche Prozesse) vermittelt und damit auch nichts Starres ist, sondern ein wandlungsfähiges und mehrdimensionales Beziehungs- und Machtgefüge.

Im „Kapital“ analysiert Marx die Kapitalverwertung als systemischen Prozess, als ökonomische Grundlage und Triebkraft kapitalistischer Ökonomie. Genau diese Analyse, der Verweis auf die systemische Dimension der Kapitalverwertung, ist die große Stärke der Marxschen Kapitalismusanalyse. Staatseigentum ist nun nicht zwingend der „Gegensatz“ der Inwertsetzung, sondern nicht selten funktional eingebunden in diesen Prozess. Was unterscheidet den Staatskonzern Vattenfall oder die Bundesgesellschaft Deutsche Bahn AG, die in vielerlei Hinsicht Bestandteil und Akteure des längst globalisierten Kapitalver-

1 § 903 S. 1 BGB „Der Eigentümer kann, soweit nicht das Gesetz oder Rechte Dritter entgegenstehen, mit der Sache nach Belieben verfahren und Dritte von jeder Einwirkung ausschließen.“

wertungsprozesses sind (und somit seinen Bedingungen gleichermaßen unterworfen sind wie sie diese reproduzieren), von mancher großen international agierenden „privaten“ Kapitalmasse in Gesellschaftsform? Insofern kann es auch nicht darum gehen, einfach das Zuordnungssubjekt zu ändern und den bürgerlichen Staat zu erobern.

In Transformationsprozessen denken

Die zentrale Herausforderung, und das dürfte eine viel schwierige Angelegenheit werden, ist der Transformationsprozess einer kapitalverwertungsgetriebenen und dominierten Ökonomie hin zu einer Ökonomie, die politischen Vorgaben, demokratischer Steuerung, unterworfen ist und dennoch fähig, die individuellen und gesellschaftlichen Bedürfnisse zu befriedigen und Innovationen zu erzeugen. Ein solches alternatives politisches Projekt lässt sich nicht einfach im luftleeren Raum „kreativ herbei entwickeln“. Es muss aus den existierenden Verhältnissen in all ihrer Widersprüchlichkeit heraus erkämpft und durchgesetzt werden und in der Konkurrenz zu den bestehenden Zuständen erfolgreich – gemessen an den aktuellen sozialen, ökologischen, demokratischen Herausforderungen „besser“ – sein.

Marx hat (in seiner Sprache freilich noch sehr an der Vorstellung eines klaren Epochenbruchs und einer immerwährenden gesellschaftlichen Fortschrittsentwicklung orientiert) darauf hingewiesen, dass nicht „der Wunsch der Vater des Gedankens“ von gesellschaftlicher Veränderung ist, sondern die konkret vorgefundenen materiellen Verhältnisse: „Eine Gesellschaftsform geht nicht unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue, höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet sind.“ Und er fügt an: „Daher stellt sich die Menschheit immer nur Aufgaben, die sie lösen kann, denn genauer betrachtet wird sich stets finden, dass die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materielle Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozess ihres Werdens begriffen sind.“²

Sozialistische Politik muss versuchen, unter den existierenden Bedingungen Formen einer nicht vom Kapitalverwertungsziel dominierten, alternativen ökonomischen Reproduktion aufzuspüren und weiterzuentwickeln, die die Potenz haben, in der Auseinandersetzung um die zukünftig dominierende gesellschaftliche Reproduktionsweise der Gesellschaft verallgemeinerbar zu sein. Das wird ein Lern- und Suchprozess sein, aber nicht im Sinne eines gelehrten Austauschs. Es geht um praktisches Lernen der handelnden Akteure, um ein Eingreifen in konkrete Kräfteverhältnisse mit offenem Ausgang. Genau genommen geht es um eine Vielzahl von Auseinandersetzungsprozessen, bei denen die Ausgangslage immer wieder anders ist, wo in jedem konkreten Fall unterschiedliche Akteurskonstellationen und Interessen aufeinandertreffen, die jeweiligen Veränderungsprojekte unterschiedlich entwickelt und organisiert sind – was zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen führen kann. Zu Erfolgen und Niederlagen. „Rote Linien“ sind hier eher schwierig.

Was kann hierzu im Sektor der öffentlichen Wirtschaft ausgerichtet werden? Öffentliche Wirtschaft ist auch im Ergebnis von Kämpfen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen entstanden. Sie erfuhr in diesem Prozess sehr unterschiedliche Funktionen. Verstaatlichungen fanden statt als Stabilisierungsprozesse der Kapitalverwertung und der Funktionsfähigkeit der globalen Ökonomie mit ihren Herrschaftsstrukturen (inklusive protektionistischer Interessenswahrung im Rahmen von Standortpolitik), wie

2 Karl Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie. Vorwort, in: MEW 13. Band, 10. Aufl. Berlin 1985, S. 7 ff.

in der jüngsten Finanz- und Weltwirtschaftskrise. Öffentliche Unternehmen wurden aber auch – so im Sektor der Daseinsvorsorge, Jahrzehnte früher – als funktionelle Sicherung der lokalen ökonomischen Reproduktionsbedingungen und der Lebensbedürfnisse der urbanen Bevölkerung aufgebaut. Industrialisierung und Urbanisierung forderten entsprechende Infrastrukturen, die durch private Kapitalinvestitionen nicht oder jedenfalls nicht rentabel errichten ließen.

So oder so lag es regelmäßig „im gesamtgesellschaftlichen Interesse“ oder ließ sich zumindest dadurch legitimieren, dass derartige Leistungen – als Basis der gesellschaftlichen Entwicklung unter den konkreten Bedingungen überhaupt – durch staatliche Institutionen erstellt wurden. Kommunale Unternehmen schufen nämlich genauso die Voraussetzungen der Kapitalverwertung wie sie zum territorialen und sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft beitrugen. Die konkreten Umstände ihrer Erstellung im jeweiligen gesellschaftlichen Kontext – z. B. Wer entscheidet? Wer zahlt was? – waren immer ein Gegenstand von widersprüchlichen organisierten Interessen und wurden daher in der politischen Arena umkämpft und entschieden.

Neoliberale Hegemonie und Hegemoniebrüche

So ist es heute immer noch. Nur eines hat sich seit den 1970er Jahren verändert: Bis dahin war es, zumindest in Deutschland, unbestritten, dass die Kommunen und der Staat beauftragt sind, derartige Leistungen zu erstellen und dabei auch die Modalitäten festzulegen, unter denen das geschieht. Als das fordistische Akkumulationsregime und die nationalstaatlich „abgestützte“ Regulationsweise in die Krise gerieten, begann die neoliberale Offensive zu einer Legitimation neuer Verwertungsoptionen für frei florierendes Kapital – und sie konnte bis in das neue Jahrtausend hinein als weitgehend erfolgreich bezeichnet werden.³ Es setzte sich weitgehend durch, dass es richtig sei, wenn „staatliche Hierarchien“ nicht über „wirtschaftliches Gesehen“ zu entscheiden hätten, sondern wenn diese Dinge dem (vermeintlich) gesellschaftlichen Selbstlauf überlassen würden. Diese Denkweise passte hervorragend zum Interesse der großen Finanzakteure, in öffentlichen Dienstleistungen profitable Anlagemöglichkeiten zu generieren.⁴

Öffentliche Infrastrukturen gerieten in den Fokus der Inwertsetzung. Die weitgehende Delegitimierung jeglichen staatlichen Wirtschaftens ermöglichte umfangreiche Neuregulierungen in öffentlichen Wirtschaftssektoren, ohne dass das auf breite Widerstände stieß. Die Rahmenbedingungen für die Leistungserbringung wurden rapide verändert, indem nämlich offene Märkte und Wettbewerbsstrukturen zum Nonplusultra „effektiver“ Leistungserbringung erhoben wurden. „Privatisierung“, „Deregulierung“ und „Liberalisierung“ war nicht einfach der Wechsel des Zuordnungssubjekts (von „staatlich“ zu „privat“), sondern die Veränderung des spezifischen Regulationsregimes hin zum Primat der Renditemaximierung – ein neues Regime der Verfügung. Deshalb hilft es auch nicht einfach, jetzt den umgekehrten Weg (von „privat“ zu „staatlich“) zu beschwören und das mit dem Begriff „Vergesellschaftung“ zu übertünchen. Ein neues Regime der Verfügung muss

3 Dazu Daniel Mullis, Die Stadt im Neoliberalismus. Von der Produktion einer Ideologie zur Perspektive dagegen, in: Andrej Holm/Klaus Lederer/Matthias Naumann (Hrsg.), Linke Metropolenpolitik, Münster 2011, S. 14 ff.

4 Zum Ganzen ausführlicher Klaus Lederer, Umgestaltung der Daseinsvorsorge: Demokratischen Einfluss wiedergewinnen und erhöhen, in: Michael Brie/Richard Detje/Klaus Steinitz (Hrsg.), Wege zum Sozialismus im 21. Jahrhundert, Hamburg 2011, S. 180 ff.

mehr leisten, als einfach nur „ein Zurück zum Ausgangspunkt“ unter völlig veränderten, globalisierten Wertschöpfungskonditionen und Rahmenbedingungen zu bewerkstelligen.

Dafür gibt es allerdings Chancen. Denn was im Bewusstsein vieler Menschen, die auf diese Dienstleistungen angewiesen sind, nach wie vor präsent war und ist, ist die „Letztverantwortung“ staatlicher Institutionen (des politischen Prozesses) für die Bereitstellung von derartigen Leistungen und Infrastrukturen – als eine zentrale Legitimationsbasis der kommunalen Politik. Tatsächlich gibt es mittlerweile faktische Entwicklungen, die die Hegemonie des Satzes „Die öffentlichen Leistungen werden in privater Hand und auf offenen Märkten besser, billiger, kundenfreundlicher erbracht“ brüchig werden lassen. Bürgerinnen und Bürger, aber auch organisierte kommunale Interessengruppen (lokale Wirtschaft, politische Klasse, gewerkschaftliche AkteurInnen und Mitarbeiterschaft), nehmen zur Kenntnis, dass die Unterwerfung der Dienstleistungen unter das Primat der Maximalrendite nicht nur Leistungseinschränkungen zur Folge hat, sondern auch kostentreibend, arbeitsverdichtend, umweltschädigend sein kann. Auf die Entmachtung (und zum Teil auch Selbstentmachtung) kommunaler Politik infolge von Liberalisierungs- und Privatisierungsprozessen folgt spätestens dann ein Legitimationsdefizit, wenn die Leistungen nicht mehr in der für viele Bürgerinnen und Bürger lebensnotwendigen Weise erbracht werden. Denn: wir können zwar an die kommunalen Institutionen appellieren, wählen und abwählen – den Einfluss auf zentrale Daseinsvorsorgeinfrastrukturen erringen wir so jedoch nicht zurück, wenn sie einmal verkauft oder verpfändet worden sind.

S-Bahn-Chaos und Teilprivatisierung der Wasserbetriebe in Berlin, aber auch die steigenden Energiepreise und das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer Energiewende – all das sind Aspekte, die zwischenzeitlich eine neue gesellschaftliche Perspektive auf die Erbringung öffentlicher Infrastrukturleistungen eröffnet haben. Menschen, die sich (zu Recht oder irrtümlich) eine positive Veränderung durch Liberalisierungs- und Privatisierungsprozesse erhofften, zweifeln heute. Viele Motive, derartige Prozesse zumindest zu dulden, wenn nicht gar aktiv zu befördern, sind entfallen. Inzwischen wird verstärkt über „Rekommunalisierung“ diskutiert, sie aktiv betrieben.⁵ Aber das genügt nicht.

Alternativen aus linker Perspektive: „Vergesellschaftung“

Es geht um wesentlich mehr als um staatliches Eigentum. Wer das übersieht, hat auch übersehen, dass öffentliches Eigentum nicht erst privatisiert werden muss, um ausgeplündert zu werden. Davon zeugen Cross-Border-Leasing-Geschäfte, Fondsexperimente, Derivateabsicherung in manchen öffentlichen Unternehmen genauso wie Stadtwerke, die zur Beute bestimmter städtischer Interessengruppen geworden sind. Ein beredtes Beispiel ist der Berliner Bankenskandal. Wer übersieht, dass es um mehr als staatliches Eigentum geht, der übersieht auch, dass manch eine Rekommunalisierung allein Privaten über den Verlust etlicher Millionen hinweghelfen würde, dass öffentliche

5 Klaus Lederer/Matthias Naumann, Öffentlich – weil's besser ist? Politische Gemeinwohlbestimmung als Voraussetzung einer erfolgreichen Kommunalwirtschaft, in: Berliner Debatte Initial 21 (2010) 4, S. 105 ff.

Unternehmen mitunter tatsächlich schlicht intransparent, ineffizient und inkompetent bewirtschaftet werden.

Es muss gelingen, einen öffentlichen Sektor zu schaffen, der demokratisch gesteuert, transparent und effizient arbeitet. Die drei Dimensionen bedingen einander. Öffentliche Kontrolle können viele verschiedene Akteure ausüben, alle unter Wahrung ihrer jeweils spezifischen Interessen an der Leistungserbringung: Bürgerinnen und Bürger, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, kommunalpolitische Repräsentantinnen und Repräsentanten. Das Kommunalparlament achtet auf klare soziale und ökologische Zielvorgaben, entscheidet über die Verwendung des erzeugten Mehrwerts. Es hat den Kommunalhaushalt im Blick und überwacht die Einhaltung der demokratischen, also *der politischen*, Vorgaben für den Wirtschaftsprozess im Kommunalunternehmen. Mit wachsenden Möglichkeiten direkter Demokratie bringt die verfaßte Bürgerschaft gegebenenfalls ihre Ansprüche an die kommunalen Dienstleistungen zum Ausdruck – als Kontrollinstanz und Korrektiv der Vertretungskörperschaft. Und auch Umwelt- und Sozialverbände und lokale Bürgerinitiativen sind wichtige „watchdogs“, die die öffentliche Diskussion zur Arbeit der Kommunalunternehmen im gesellschaftlichen Raum mitgestalten.

„Vergesellschaftung“ ist der Prozess, der die Verfügung über das Kommunalunternehmen sowohl dem Primat der Renditemaximierung entzieht wie dem Monopol der staatlich-institutionellen Bürokratien und Interessenallianzen. Es ist der Prozess, der die Verfügung über die zentralen unternehmerischen Entscheidungen auf der Ebene von Zielvorgaben und Mitteln der Zielverwirklichung an die Bürgerschaft zurückgibt. Bzw. der Prozess, in dem sich die Bürgerschaft diese Verfügung erkämpft.

Ein Privatunternehmen ist einer klaren Zielvorgabe unterworfen: den Wert des Kapitals der Anteilseigner zu vermehren. Im öffentlichen Sektor besteht aufgrund öffentlicher Verfügungsrechte die Chance, anstelle dessen politische Zielkoordinaten zu etablieren. Auch ein öffentliches Unternehmen muss „wirtschaftlich“ sein. Maßgebend für diese Wirtschaftlichkeit ist aber potenziell ein anderes Effizienzkriterium: das des „maximalen öffentlichen Nutzens“.⁶ Dieses Kriterium ist – im Gegensatz zur Maximalrendite – natürlich außerordentlich unscharf. Es muss durch den demokratischen Prozess immer wieder neu bestimmt werden, unterliegt der öffentlichen Kritik und Auseinandersetzung.

Es wäre Aufgabe einer Linken, für einen solchen demokratischen Prozess Modelle, Formen und Institutionen mit zu entwickeln und zu befördern. Dazu muss sie sich die erforderliche Kompetenz, die notwendige Offenheit und Erfindungsreichtum verschaffen. Der öffentliche Sektor ist ein Experimentierfeld, in dem neue Möglichkeiten entwickelt werden können, „effektives Wirtschaften“ jenseits des Renditeprimats – demokratisiert und deshalb an einem so definierten öffentlichen Nutzen orientiert – auszuprobieren und zu praktizieren. Das ist mit vielen Problemen verbunden, die in den realen Kräfteverhältnissen und den bestehenden institutionellen Rahmenbedingungen liegen. Aber es ist den Versuch wert. Möglicherweise liegt hier dein Keim dessen, was über die Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise hinausweist.

6 Vgl. Hilary Wainwright, Demokratisierung als Transformation. Öffentlicher Dienst, wie wir ihn nicht kannten, in: Luxemburg, Heft 2, Berlin 2010, S. 60 ff.

Energieunternehmen Steag im Ruhrgebiet und öffentliche Kontrolle

1. Zum 1. März hat ein Konsortium der Stadtwerke von sechs Städten aus dem Ruhrgebiet 51 Prozent der Anteile an der Steag übernommen. Die Städte sind in allen Städten aus dem Ruhrgebiet: Dortmund, Bochum, Essen, Oberhausen, Duisburg und Dinslaken. Die Städte Saarbrücken und Krefeld waren ursprünglich am Prozess beteiligt, sind aber aus unterschiedlichen Gründen ausgestiegen. Bei Saarbrücken waren es Finanzierungsgründe, bei Krefeld eher Zweifel am Sinn der Übernahme.

Der Kauf der Steag dürfte eine der größten, wenn nicht die größte Transaktion eines Wirtschaftsunternehmens an kommunale Träger seit vielen Jahren gewesen sein. In der ersten Tranche flossen 651 Millionen Euro. Insgesamt geht es jedoch um ein Geschäft von 1,25 Milliarden Euro, da der Kauf der restlichen 49 Prozent in einer „Call“- bzw. „Put-Option“ verpflichtend vertraglich vereinbart wurde. Die „Call-Option“ greift vom 1.1.2014 bis 31.12.2016, d.h. innerhalb dieser Zeit können die am Konsortium beteiligten Stadtwerke die restlichen 49 Prozent übernehmen, danach müssen sie zu einem festgelegten Preis übernehmen („Put-Option“).

Erklärtes Ziel des Konsortiums ist es, dritte Partner mit ins Boot zu holen. Wer das sein kann, ist nicht entschieden. Es gibt hier sehr gegensätzliche Absichten von dem Ziel, einen privaten Partner mit Erfahrung im Auslandsgeschäft ins Boot zu holen, bis hin zur Absicht, weitere kommunale Partner zu suchen. Interessenten gibt es nach Aussage der Geschäftsführung des Stadtwerke-Konsortiums genug. Privat hat z.B. der Abfallentsorger Remondis mitgeboten, der auch in der Öffentlichkeit massiv gegen die kommunale Übernahme „geschossen“ hat. Doch es gibt auch kommunale Interessenten wie die Trianel-Gruppe.

2. Einer der Punkte, der in den Stadträten, die dem Verkauf zustimmen mussten, und in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert wurde, war die Frage, ob sich die Stadtwerke nicht wirtschaftlich übernehmen. Man kann jedoch davon ausgehen, dass die wirtschaftliche Seite gesichert ist. Die Finanzierung erfolgt zu 30 Prozent aus Eigenmitteln der beteiligten Stadtwerke, zu 70 Prozent über Kredite.

Die sehr konservativen Wirtschaftlichkeitsberechnungen der Stadtwerke gehen davon aus, dass ab dem ersten Jahr der Übernahme pro Jahr 10 Prozent des Eigenkapitals zurückfließen, von denen auch nach Abzug von Zins und Tilgung Gewinne übrig bleiben. Auch die oft erheblichen Finanzierungsbeiträge der Stadtwerke für die Städte, die zu den am höchsten verschuldeten deutschen Großstädten gehören, sind nicht gefährdet.

Dabei ist z.B. auch die von der schwarz-gelben Bundesregierung beschlossene Laufzeitverlängerung für AKWs berücksichtigt. Eine Verkürzung der Laufzeiten würde zu erheblichen Vorteilen führen.

Evonik hat mit dem Verkauf bilanztechnisch einen Verlust verbucht. Evonik wollte dennoch verkaufen, weil der Konzern den Börsengang vorbereitet und sich zu diesem Zweck auf die Sparte Chemie konzentrieren will, seinen Cash-Flow und sein Finanzrating, das derzeit „nur“ bei BB liegt, verbessern will. Durch den Börsengang des Konzerns, der mit rund 12 Milliarden Euro bewertet wird, sollen die ewigkeitskosten für den Bergbau gesichert werden.

3. Der Zustimmung zu dem Verkauf in den einzelnen Stadträten lagen unterschiedliche Mehrheitsverhältnisse zugrunde. Überall zugestimmt haben nur die Ratsfraktio-

nen von SPD und Die Linke, wobei in Oberhausen in der Folge leider der Fraktionsvorsitzende abgewählt wurde. Den Verkauf in allen Städten abgelehnt hat nur die FDP. Die CDU hat den Kauf in Bochum heftig abgelehnt, gleichzeitig aber einen Beschluss durchgesetzt, dass die zweite Tranche an einen Privaten verkauft werden soll, in Essen und Duisburg dafür. Die Grünen haben den Kauf nur in Dortmund abgelehnt und in den anderen Städten dafür gestimmt.

Die Ratsfraktionen der Partei Die Linke haben sich seit September letzten Jahres intensiv mit dem Kaufanliegen beschäftigt und einen gemeinsamen Arbeitskreis gegründet, der sich mehrfach auch mit Vertretern der Stadtwerkeschäftsführungen getroffen hat, die an einer breiten Zustimmung ausgesprochen interessiert waren.

Was sind die strategischen Ziele des Kaufs?

- Mit dem Kauf der Steag erhalten die beteiligten Stadtwerke einen direkten Zugriff auf die Energieerzeugung. Sie sind also nicht mehr „nur“ Energieverteiler, bis dahin, dass z.B. in Essen die Strom-Konzessionsverträge direkt an das RWE vergeben sind, also auch auf das Netz kein direkter Einfluss der Stadt besteht.

Der Anteil der kommunalen Energieerzeuger an der Energieerzeugung betrug bisher 11 Prozent, er steigt durch die Beteiligung an der Steag auf im ersten Schritt 15 Prozent, im zweiten Schritt auf 19 Prozent.

Damit ist ein größerer Einbruch in die private Energieerzeugung gelungen, der das Oligopol der „großen Vier“ – RWE, EON, Vattenfall und EnBW – aufbricht. Dieser Schritt ist auch aus wirtschaftlichen Gründen dringend geboten, da die meisten Profite in der Erzeugung entstehen.

- Erklärtes Ziel des Bieterkonzeptes ist die Neuausrichtung der Steag hin zu einem nachhaltigen Umbau der Energieerzeugung. Dabei sollen die veralteten Kohlekraftwerke im Inland durch umweltfreundliche Gaskraftwerke ersetzt werden.

Dabei gehen die Geschäftsführungen davon aus, dass Gaswerkkraftwerke für die Spitzennutzung von Energie noch viele Jahre gebraucht werden, weil sie besonders gut hoch- und heruntergefahren werden können, je nach Kapazitätsanforderung. Als erstes wird das völlig veraltete Kohlekraftwerk Bochum-Riemke abgeschaltet.

Gleichzeitig soll die Steag-Sparten Biomasse/Geothermie und Fernwärme ausgebaut werden. Letztere spielt im Ruhrgebiet eine wichtige Rolle.

Ein solcher ökologischer Umbau der Stromerzeugung wäre mit den privaten Bietern für die Steag, mit Remondis oder einem tschechischen Konzern, nicht zu erreichen gewesen. Andererseits sind die vorhandenen, genehmigten Kraftwerksstandorte ausgesprochen gute Ausgangspunkte für den Umbau in Richtung nachhaltiger Energieerzeugung. Würde man bei „Null“ anfangen, fänden die Schwierigkeiten schon bei der Genehmigung neuer Kraftwerksstandorte an.

- Gestärkt werden soll das Profil der Steag als regionaler Erzeuger. Ein wichtiges internes Argument der Essener Stadtwerke, deren Geschäftsführer CDU-Mitglied ist, war denn auch die Aussage: Wir müssen uns an dem Konsortium beteiligen, sonst sind wir auf Jahre hinaus aus der regionalen Kooperation im Ruhrgebiet raus.

Eine solche regionale Erzeugungsplattform ist natürlich auch dazu geeignet, die Entwicklung dezentraler Energie-

erzeugung zu unterstützen, in enger Zusammenarbeit mit den Städten, die wie in Essen z.B. Solarkataster entwickeln und Überlegungen zur Förderung von Windkraft intensivieren.

Aus diesen Gründen haben die Ratsfraktionen Die Linke dem Kauf zugestimmt, wobei es dabei durchaus unterschiedliche Varianten gab. Auch das Argument, staatlich ist immer gut, hat durchaus eine Rolle gespielt, überwogen hat jedoch die konkrete Auseinandersetzung mit dem Thema. Sie fanden sich schließlich in Begleitanträgen zu dem Kauf, die in Duisburg, wo Die Linke inzwischen eine Koalitionsvereinbarung mit SPD und Grünen hat, Dortmund und Oberhausen angenommen wurden.

In anderen Städten wie Essen sind wenigstens einige Punkte des Begleitantrages angenommen worden, über den „Umweg“ eines Antrages der Grünen.

4. Dabei gibt es durchaus erhebliche Probleme bei dem Kauf der Steag, die bisher nicht gelöst sind und deutlich machen, wie schwer die Umsetzung anderer Unternehmensziele werden wird.

So ist die Steag nach wie vor *der* Kohlekraftwerksbetreiber in der Bundesrepublik mit insgesamt acht Kohlekraftwerken plus zwei Raffineriekraftwerken. Eins davon ist das neue Kraftwerk in Duisburg-Walsum, das wegen technischer Probleme seit mehreren Jahren nicht in Betrieb genommen werden kann.

Darüber hinaus betreibt die Steag drei Kohlekraftwerke im Ausland, in Kolumbien, den Philippinen und der Türkei. Eine ursprüngliche Forderung der Ratsfraktionen Die Linke war eine Übernahme nur der deutschen Kraftwerke bzw. die sofortige Trennung von den Auslandskapazitäten. Dies ist im Falle des hochmodernen, leistungsfähigen Kraftwerkes in der Türkei aus Finanzierungsgründen nicht einfach möglich, in den beiden anderen Fällen müsste diese Forderung weiter vertreten werden, denn Stromerzeugung im Ausland hat ganz bestimmt nichts mit regionaler Energieerzeugung zu tun.

In den teilweise angenommenen Entschließungen heißt es hierzu: „Die Kraftwerke (im Ausland) ... sind auf Grund ihrer Ertragsqualität wichtige Unternehmensbestandteile, sie dürfen jedoch nicht der Ankerpunkt für eine Verlagerung des unternehmerischen Schwerpunktes werden.“

Schließlich ist die Steag beteiligt am Kohleimport, auch dies ist ein wichtiges Geschäftsfeld, und an der kleinen Firma Energy Service mit einem Geschäftsbereich Nukleartechnologien. Die Schließung dieses Bereiches war ein Punkt des Forderungskataloges von Linken und Grünen und kann schnell umgesetzt werden.

Mit Blick auf das Kraftwerk in Kolumbien und den Kohleimport ist die Forderung nach Einhaltung der Prinzipien der ILO-Kernarbeitsnormen und zu fairen Arbeitsbedingungen Bestandteil der Beschlüsse der meisten Räte.

5. Trotz dieser problematischen Seiten überwiegen aus unserer Sicht die Argumente für eine Zustimmung zum Steag-Kauf. Die Energieerzeugung ist ein unverzichtbarer Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge, und ihre Leistungsfähigkeit und ihr Nutzen für die Bevölkerung können durch die Kooperation der Stadtwerke erhöht werden kann.

Gerade angesichts der durch die Katastrophe in Fukushima erneut angefachten Diskussion um die Zukunft der Energieversorgung müssen die Stadtwerke als kommunale Energieunternehmen für Versorgungssicherheit, einen hohen Anteil Eigenerzeugung und preiswerte Tarife für die Masse ihrer Kunden stehen – nicht nur für stromintensive Wirtschaftsbetriebe wie die Aluminiumwerke in Essen, die genauso viel Strom verbrauchen, wie der „Rest“ der Stadt – natürlich zu Dumpingpreisen.

Dazu gehört aus unserer Sicht auch eine soziale gestaffelte Preisgestaltung der Tarife für die Masse der Kunden, die ohne Zugriff auf die Energieerzeugung gar nicht möglich wäre. Gerade diese Diskussion muss von unserer Seite stärker geführt werden, denn klar ist ja, dass der ökologische Umbau zu einer Verteuerung von Energie führen wird. Hier stellt sich umso mehr die Frage, wie die preiswerte Versorgung von Menschen in prekären Lebens- und Arbeitsverhältnissen, die von Hartz IV leben müssen oder zu den rund sechs Millionen Menschen mit Arbeitsplätzen im Niedriglohnbereich gehören, gesichert werden kann.

Bei einem Anteil an der Energieerzeugung von unter 20 Prozent müssen die Stadtwerke übrigens nach wie vor den größten Teil ihrer Energie an der Leipziger Strombörse zu Tagespreisen kaufen, und zwar bei den Marktführern. Der Kauf der Steag kann insofern nicht das Ende der „Fahnenstange“ sein. Die Stärkung der Stadtwerke, wie sie in NRW auch durch die von Rot-Grün-Rot getragene Änderung der Gemeindefinanzierungsordnung angestrebt wird, ist das Gebot der Stunde.

6. Auch was die weitere Arbeit angeht, ist der Kauf nicht das Ende, sondern der Anfang wichtiger Prozesse. Wir haben in den örtlichen Debatten deutlich gemacht, dass ein weiterer kommunaler Konzern, der das Ziel Profitmaximierung verfolgt, keine Lösung ist. Immerhin darf man ja nicht vergessen, dass auch der RWE-Konzern aus den Essener Stadtwerken entstanden ist. Insofern kommt es entscheidend darauf an, wie die Unternehmensentwicklung tatsächlich öffentlich, kommunal beeinflusst werden kann und wie Transparenz hergestellt werden kann.

Hierzu ist einerseits der Aufsichtsrat da. In dem zwanzigköpfigen, paritätisch besetzten Aufsichtsrat sitzen seit März neben vier Vertretern von Evonik als 49-prozentigem Anteilseigner sechs Vertreter des Stadtwerkekonsortiums.

Andererseits soll ein zwanzigköpfiger kommunaler Beirat gebildet werden, in dem Vertreter aus den Räten sitzen sollen. Die Zusammensetzung ist noch nicht entschieden. Aus unserer Sicht ist es sinnvoll, hier auch Energieexperten und Vertreter/innen von Umwelt- und Verbraucherverbänden zu beteiligen oder einen zusätzlichen bürgerschaftlichen Beirat mit gesellschaftlichen Kräften einzurichten.

Des Weiteren wird es in Zukunft entscheidend darauf ankommen, wie die Gesellschafterverträge gestaltet werden, in denen geregelt wird, was durch die Gesellschafter, letztlich also die Räte, und was durch die Geschäftsführungen entschieden werden kann. Hier gibt es auch im Rahmen des Unternehmensrechtes einige Spielräume.

7. Insgesamt bietet der Kauf der Steag eine Chance, deren Alternative eine Verfestigung der privaten Strukturen in der Energieerzeugung gewesen wäre. Die kommunale Beteiligung ist eine wichtige Bedingung für eine ökologisch nachhaltige, soziale, transparente und demokratische Umstrukturierung der Energieerzeugung und -verteilung, aber keine Erfolgsgarantie. Wenn die kommunalen Eigentümer ihre Rolle im Kuponabschneiden sehen, wie bei den RWE-Aktien, ist der positive Zweck nicht erreichbar.

Um die Möglichkeiten der Einflussnahme besser zu klären, brauchen wir aus meiner Sicht auch eine Diskussion um eine „Neuaufgabe“ und neue Regeln für die Gemeinwirtschaft, die ja von Schwarz-Gelb in den 80er und 90er Jahren weitgehend abgeschafft wurde. Die Ursachen des Scheiterns der Neuen Heimat und anderer sind bis heute kaum ausreichend diskutiert, die Klärung ist aber eine wichtige Voraussetzung dafür, nicht die gleichen Fehler zu wiederholen.

Das wollen wir nicht, denn dann wären die Chancen vertan.

Demokratische Steuerung am Beispiel Stadtwerke Köln GmbH

Die Stadtwerke Köln GmbH ist ein großer Konzern für öffentliche Güter für Köln und das Rheinland.

Die Kölner Stadtwerke stehen auf Platz 75 der größten Unternehmen der Bundesrepublik mit 5,4 Mrd. Umsatz. Die Stadtwerke München (Platz 82) sind ähnlich groß mit 4,9 Mrd. Euro. (Zahlen für 2009, aus FAZ)

Dienstleistungen der Kölner Stadtwerke:

- Gas, Elektrizität und Wasser
- öffentlicher Nahverkehr (ÖPNV)
- Hafen und Güterverkehr
- Städtische Bäder
- Abfallwirtschaftsbetriebe
- Telekommunikationsunternehmen
- Diverse kleinere Unternehmen: Brunata, Radio Köln usw.

Weitere Unternehmen bzw. große Beteiligungen der Stadt Köln:

- Messegesellschaft
- GAG Wohnungsbaugesellschaft, (ca. 42 000 Wohnungen)
- Stadtentwässerungsbetriebe (Anstalt öffentlichen Rechts)
- Sparkasse KölnBonn

Finanzielle Vorteile für Köln im Jahr

Konzernausschüttung an Köln	ca. 60 bis 90 Mio. Euro
Verlustabdeckung ÖPNV – KVB	ca. 90 Mio. Euro
Verlustabdeckung Schwimmbäder	ca. 12 Mio. Euro
Konzessionseinnahmen	ca. 70 Mio. Euro
Gewerbesteuereinnahmen	ca. 20 Mio. Euro
Gesamtvorteil	252 bis 282 Mio. Euro

Größter Arbeitgeber in Köln:

Mitarbeiter des Stadtwerke-Konzerns 10.660

Alle Städtischen Beteiligungsunternehmen	16 000
Plus Stadt Köln Verwaltung,	18.500
Gesamt	34.500

Jahresergebnisse der letzten Jahre

Dem Schaubild kann man entnehmen, die Stadtwerke Köln GmbH haben seit 1996 jedes Jahr Gewinne erzielt. Lagen die Gewinne 2003 und 2004 noch bei ca. 30 Mio. Euro, so werden seit 2005 zwischen 60 und 90 Mio. Euro Gewinne erzielt und da ist die Quersubventionierung des ÖPNV-Unternehmens mit ca. 90 Mio. Euro bereits abgezogen.

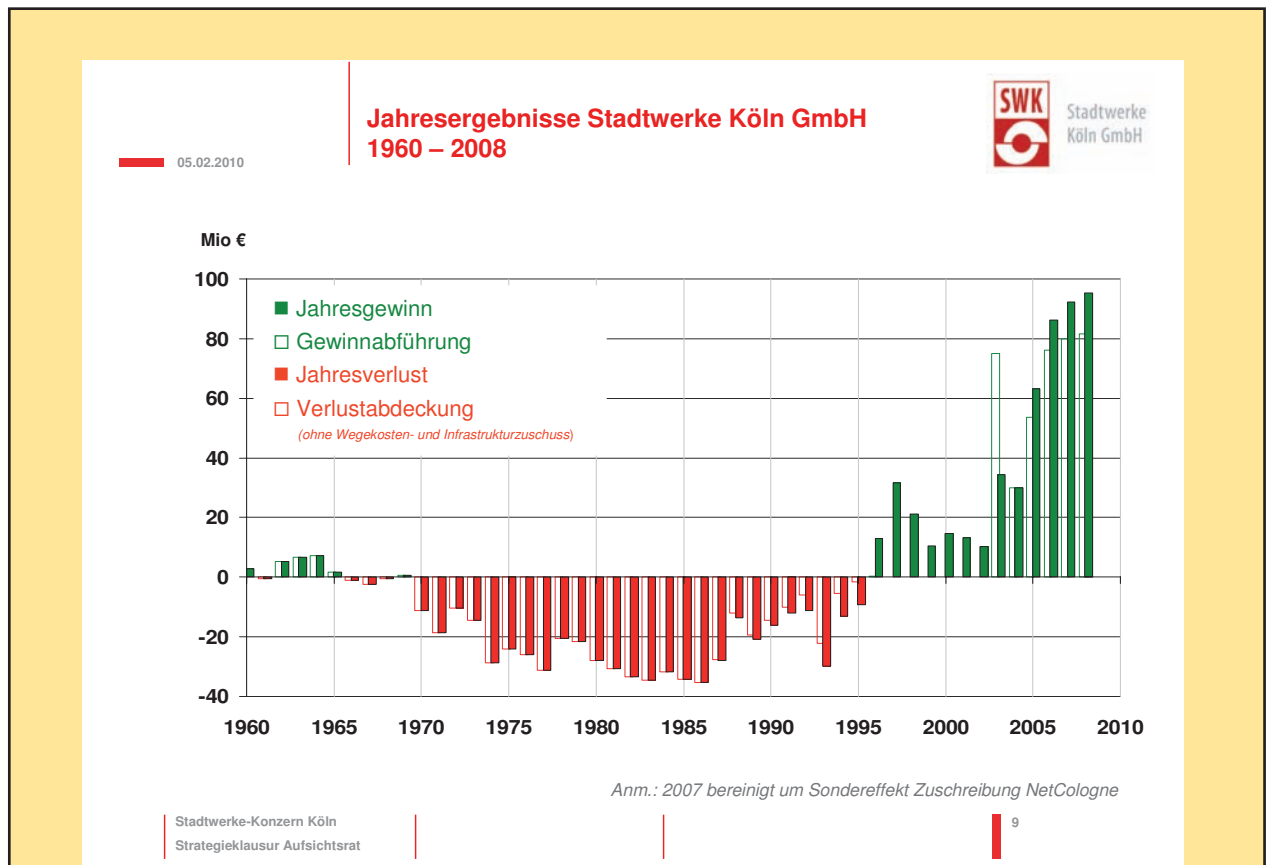
Ohne diese großen Gewinne würde der Haushalt der Stadt Köln nicht mehr zu stemmen sein. Es gibt nicht viele Kommunen in NRW, die Gewinne mit ihren Stadtwerken machen.

Öffentliche Güter

Stadtwerke sind für die Bereitstellung öffentlicher Güter unentbehrlich. Um das an einem Beispiel deutlich zu machen: Köln hat 14 Freibäder, Hallen, oder Kombibäder mit insgesamt ca. zwei Millionen Kunden im Jahr. In Spitzenzeiten im Sommer, z.B. am 6.8.2009 waren das 15.751 Personen.

Eine städtische Versorgung über das ganze Stadtgebiet ist noch vorhanden. Drei Bäder sollen geschlossen werden. Die will die Linke erhalten. Unsere Argumente: Immer weniger Kinder können schwimmen. Deshalb gibt es auch Programme wie „Schwimmen macht Schule“, „Sicher Schwimmen“. Schwimmbäder sind wichtig für eine gute Ausbildung und gesundheitliche Vorsorge.

Für die demokratische Mitwirkung sind z.B. Beiräte bei den Schwimmbädern unter Mitwirkungen von Vereinen, Schulen und Bürgerinitiativen von uns durchgesetzt wor-



den. Gemeinsam mit ihnen wollen wir die Schließung der Bäder verhindern.

Energieressourcen für jeden Menschen

Wegen Teilhabe und Niedrigeinkommen gab es 2007 einen Ratsbeschluss für einen Sozialtarif Strom. Der Ratsbeschluss konnte nicht umgesetzt werden. CDU, FDP und der Vorstand der Rhein-Energie blockierten die Umsetzung mit dem Hinweis auf eine fehlende bundesweite Regelung.

Erste Fortschritte dagegen gab es bei Energieberatung für arme Kunden:

Drei Energieberater im Stadtbezirk Chorweiler. Ab 2011

Torsten Löser

Die Kölnmesse – ein Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge in Köln

Die Kölnmesse ist eines der größten kommunalen Unternehmen in Köln. 2010 arbeiteten bei der Kölnmesse 647 Menschen, bei einem Umsatz von über 235 Millionen Euro. Als drittgrößte deutsche Messen finden hier jedes Jahr über 70 Messen statt.

Trotzdem bewegt sich die Kölnmesse in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld. 2010 machte die Kölnmesse fast 34 Millionen Euro Verlust. Da stellt sich die Frage, warum sich die Linke in Köln nachhaltig zum Erhalt der Kölnmesse als kommunales Unternehmen bekennt und die geplanten Schritte zur Ergebnisverbesserung dabei durchaus mitträgt. Im Wahlprogramm zu den Kommunalwahlen 2009 hat sich die Linke in Köln klar zum Messestandort Köln bekannt. Dass das nicht zwingend so sein muss, lässt sich gerade gut in Essen sehen, wo es inner- und außerhalb der Linken eine Debatte um die Zukunft der Essener Messe und den Nutzen ihres Ausbaus gibt.

Dabei haben wir auch in Köln allen Grund, kritisch zu hinterfragen, was mit der Kölnmesse passiert, denn da ist nicht nur Licht, sondern eben auch mancher Schatten.

Zunächst stehen auf der Habenseite die erheblichen positiven Effekte, die die Kölnmesse für die Wirtschaft der Stadt hat. Hotels, Gaststätten, Kultureinrichtungen: Sie alle profitieren von den zahlreichen Gästen der Kölnmesse. Ausstellungen wie die Internationale Möbelmesse, die Gamescom oder andere geben Köln eben auch ein positives Image und verstärken den Bekanntheitsgrad der Stadt. Köln ist nicht nur Dom!

Aber es muss eben auch konstatiert werden, dass die Kölnmesse seit einigen Jahren rote Zahlen schreibt. 2009 betrug das Defizit 20 Millionen Euro und 2010 nun fast 34 Millionen Euro. Dieses Defizit muss durch die Stadt getragen werden und das bei einer schlechten Haushaltslage, die etwa zuletzt zu massiven Einschnitten in der Sozial-, Jugend- und Kulturarbeit führte. Wir müssen uns also schon mit recht fragen lassen: Warum euer Engagement für die Messe.

Dazu muss gesagt werden, dass das Messegeschäft natürlich nicht leicht ist. In Deutschland sind die Wachstumspotenziale faktisch ausgeschöpft. Einer Ausweitung der internationalen Aktivitäten stehen wir skeptisch gegenüber, denn dabei stellt sich die Frage, inwieweit sich eine solche internationale Ausweitung des Geschäftes mit dem kommunalen Charakter der Kölnmesse verträgt. Persönlich halte ich es in diesem Bereich für viel sinnvoller über eine Strategie des Landes NRW nachzudenken und einen Messeverbund der NRW-Messen zu fördern.

wird es eine weitere Beratung im Stadtbezirk Kalk mit drei Mitarbeitern geben.

Diskussion in der Zukunft

Durch Ausstieg bei AKWs erhöhen sich die Energiepreise. Hier sollte sich die Linke einsetzen. Abschalten von AKWs muss nicht in unserem Fokus stehen, das werden schon die Grünen machen. Wir sollten auch Überlegungen aus EU-Kommissionen nach einem „Grundrecht auf eine Mindestmenge Strom, Gas und Wasser“ aufgreifen und eine Debatte über „preiswerte Güter für eine Grundversorgung“ entwickeln.“

Zudem hat die Weltwirtschaftskrise auch die Kölnmesse getroffen. Viele Aussteller sagten ab, manche Messe konnte nicht durchgeführt werden.

Entscheidend für die schlechte Ergebnissituation der Kölnmesse sind aber vor allem die dramatischen Fehlentscheidungen der Kölner Politik gewesen, die der Kölnmesse erhebliche Risiken und Kosten aufgebürdet haben, die nicht mit dem Messegeschäft im engeren Sinne zu tun haben.

So wurde etwa 2002 ein Cross-Border-Leasing-Geschäft geschlossen, das für die Kölnmesse Risiken von bis zu 50 Millionen Euro beinhaltet.

Der größte Skandal allerdings ereignete sich um den Bau der Messehallen-Nord. Diese wurden privat durch den Esch-Oppenheim-Fonds errichtet und dann an die Stadt Köln vermietet. Dadurch entstehen der Kölnmesse jährliche Belastungen in Höhe von fast 21 Millionen Euro. Zwar wurde aufgrund eines EU-Vertragsverletzungsverfahrens inzwischen der Mietvertrag gekündigt. Die finanziellen Schäden und vor allem auch die nachhaltige Schädigung des Images der Kölnmesse bleiben. Allein die Mehrbelastungen aus diesem Geschäft zulasten der Kölnmesse, das nur einigen Wenigen die Taschen füllte, machen einen Großteil des Jahresfehlbetrages der Kölnmesse aus.

Hier hat die Linke und bereits vorher die PDS in Köln immer klar gegen diese Geschäfte Position bezogen und immer wieder im Rat der Stadt Köln und auch darüber hinaus Aufklärung über diese Geschäfte gefordert. Gemeinsam mit anderen wollten und wollen wir Transparenz und vor allem, dass die Verantwortlichen für diese Geschäfte zur Rechenschaft gezogen werden und zwar moralisch als auch materiell. Deswegen haben wir die Kündigung der Mietverträge durch die Stadt Köln unterstützt und schon lange gefordert. Gleichzeitig stehen wir an der Seite der Beschäftigten der Kölnmesse, die vor allem unter den Folgen einer verfehlten Kommunalpolitik leiden. Sie mussten bisher die größte Zeche zahlen. Erheblicher Personalabbau, Abbau von sozialen Leistungen, das sind die Folgen dieser Politik.

Verantwortung für kommunale Unternehmen tragen heißt also eine politische Strategie entwickeln, worin für uns der Mehrwert kommunaler Unternehmen liegt, welchen Nutzen wir aus ihnen für die Stadtgesellschaft ziehen. Verantwortung für kommunale Unternehmen zu tragen, heißt Transparenz und demokratische Kontrolle einzufordern.

Öffentliche Unternehmen und deren Kontrolle

Die Kontrolle öffentlicher Unternehmen wird am Beispiel der Kölner Verkehrsbetriebe (KVB) dargestellt.

Das Unternehmen

Die KVB ist als Aktiengesellschaft organisiert. Die KVB ist eine hundertprozentige Tochter des Stadtwerkekonzerns. Alle Aktien sind im Besitz der Stadt Köln. Die KVB setzt im Jahr circa 215 Millionen Euro um, sie befördert jährlich circa 270 Millionen Fahrgäste. Der Verlust von knapp 90 Millionen Euro wird mittels Vorsteuerquersubvention durch den Stadtwerkekonzern ausgeglichen. Die KVB hat circa 3 000 Mitarbeiter. Die Kontrolle des vierköpfigen Vorstands wird durch einen zwanzigköpfigen Aufsichtsrat durchgeführt. Die Kapitalbank ist nach Parteiproporz der im Rat vertretenen Parteien aufgeteilt. Die Aufsichtsratssitzungen finden grundsätzlich nicht öffentlich statt. Ein Vorstoß der Linksfraktion, dies zu ändern, wurde abgewehrt.

Transparenz, Kontrolle und demokratische Einflussnahme

Ist ein öffentliches Unternehmen als Aktiengesellschaft organisiert, gibt es grundsätzlich in der Praxis Probleme mit der Transparenz und der demokratischen Einflussnahme. Das Aktienrecht schreibt die Geheimhaltung der besprochenen Inhalte im Aufsichtsrat vor. Diese Vorschrift hat die öffentliche Aufarbeitung des Unglücks beim Kölner U-Bahn-Bau erheblich behindert. Die Dimension des Unglücks ist enorm. Zwei Menschen kamen ums Leben, beim Einsturz des Archives wurden einzigartige Exponate der Stadtgeschichte zerstört. Die wirtschaftlichen Folgen sind zum heutigen Tag schwer vorhersehbar. Die Schäden werden auf über eine Milliarde Euro geschätzt. Die Inbetriebnahme der Bahn verzögert sich um viele Jahre. Die Dimension macht es erforderlich, dass die Öffentlichkeit in die Aufklärung und Aufarbeitung dieser Tragödie einbezogen werden muss.

Dies ist bis zum heutigen Tag aber nicht ausreichend geschehen. Das liegt *auch* daran, dass die Stadt im Jahr 2002 die Bauherrenschaft für die komplette Nord-Süd Stadtbahn auf die KVB übertragen hat und die Aktiengesellschaft der Öffentlichkeit weit weniger informationspflichtig ist als beispielsweise die Kommune selbst. Probleme beim Bau der Bahn wurden fast ausschließlich unter Geheimhaltungspflicht im Aufsichtsrat und nicht in den Gremien der Stadt diskutiert. Dies gilt auch für die Fragen der Ursache für das Unglück. Ein Defizit an Transparenz ist gegeben. Der Aufsichtsrat war mit der Aufarbeitung technischer Details bezüglich der Schadensursache überfordert. Die Aufsichtsratsmitglieder konnten nicht mehr ausreichend ihren eigentlichen Aufgaben nachgehen.

Die Kontrolle der Baustellen wurde fast komplett auf die KVB übertragen. Es gab nur eine geringe öffentliche Kontrolle durch die Bezirksregierung. Die Stadt Köln hat nicht kontrolliert.

Die (Kölner) Bevölkerung hat ein Recht zu erfahren, wie es um eine Großbaustelle, die fast täglich in das Leben der Bevölkerung eingreift, steht. Das gilt insbesondere bei Gefahrensituationen, die beim Kölner Stadtbahnbau mehrere Male gegeben waren.

Die Übertragung der Aufgaben auf die KVB AG hat eine komplette personelle Ausdünnung des städtischen Tiefbauamtes zur Folge.

Die Linksfraktion hat die personelle Wiederbesetzung des Tiefbauamtes durchgesetzt. Dadurch war es möglich, den noch zu bauenden Abschnitt der Nord-Süd Stadtbahn (oberirdisch circa 2,5 Kilometer) an die Stadt zu vergeben.

Fazit:

Unter dem Aspekt der Kontrolle und der demokratischen Einflussnahme ist die Aktiengesellschaft für öffentliche Unternehmen weniger geeignet. Weder die Bevölkerung noch die demokratisch gewählten Vertreter haben ausreichend Möglichkeiten, an Informationen zu gelangen oder Einfluss zu nehmen.



U-Bahn-Baustelle am Heumarkt: Die Stadt hatte die Bauaufsicht an den Bauherrn, die Verkehrsbetriebe übertragen.

Jürgen Klute und Hanna Penzer

Austerität für alle – die EU bekommt eine Wirtschaftsregierung, die keine ist

Die Schlagzeilen über Rettungspakete, „Pleitegriechen“ und die neuesten Standard & Poor's- Noten erregen seit Monaten die Gemüter. Ein Krisengipfel jagt den nächsten. Es wird dementiert, improvisiert, nachgebessert. Beamte basteln an Reformen, Politiker werfen mit wenig sagenden Wortungetümen um sich. Dazu stolziert die Kanzlerin machttrunken über Brüsseler Parkett. Man wähnt sich als Zuschauer eines lustlosen Laientheaters.

Dabei ist es selbst für Interessierte nicht einfach, den Überblick zu bewahren. Das „Europäische Semester“ ist kaum erklärt, da hat es seinen ersten Durchlauf beinahe abgeschlossen. Im Februar präsentierten Merkel und Sarkozy den verblüfften europäischen Partnern einen „Wettbewerbspakt“, der beim nächsten Gipfel rasch zum „Euro Plus Pakt“ umbenannt wurde, und von dem unklar ist, ob er mehr war als ein „kerneuropäisches“ Muskelspiel oder bloßes Ablenkungsmanöver. Von der Öffentlichkeit nahezu unbemerkt verhandeln daneben Europäisches Parlament, Kommission und Finanzminister über die Verschärfung des Stabilitätspakts, der zudem durch einen neuen Überwachungsmechanismus ergänzt werden soll, um „makroökonomische Ungleichgewichte“ abzubauen. Tituliert wird das Gesetzespaket als „Economic Governance“ – wirtschaftspolitische Steuerung oder, kurz: „Wirtschaftsregierung“.

Ökonomische Ungleichgewichte im Euroraum sind in der Tat zu einem drängenden Problem geworden, das – ohne Gegensteuern – das Zeug hat, mittelfristig die gemeinsame Währung zu sprengen. Abseits hysterischer Rating-Talfahrten, Panik- und Spekulationsattacken an den Finanzmärkten, liegen hier reale und ernstzunehmende Hintergründe der Griechenland-Irland-Portugal-Krise.

Doch worum geht es bei „Ungleichgewichten“ überhaupt? Ein Beispiel: Gibt in Lissabon heute ein Kühlschrank seinen Geist auf, muss sich sein Besitzer auf die Suche nach einem Ersatz machen. Beim Kauf wird er vergleichen, welches Modell seinen persönlichen Vorstellungen möglichst nahe kommt. Höchstwahrscheinlich wird er sich für einen Kühlschrank entscheiden, der möglichst wenig kostet, dabei wenig Energie verbraucht und natürlich auch nicht zu klein ist. Und in aller Regel wird sein Neukauf nicht in Porto oder Lissabon hergestellt und geplant worden sein, und der Hersteller wird auch seinen Sitz und Steuerpflicht nicht in Portugal haben.

Ungleichgewichte – Die Währungsunion driftet auseinander

Denn: Güter, die heute in Portugal über den Ladentisch gehen, kommen zum Großteil aus den europäischen Nachbarländern. Geben die Bürger eines Landes konstant mehr Geld für Güter aus, die nicht in ihrem Heimatland gefertigt werden, sprechen Volkswirte von einem Leistungsbilanzdefizit. Die heimischen Unternehmen können weniger Waren und Dienstleistungen verkaufen als Händler, Konsumenten oder Investoren importieren. Portugal weist heute ein Leistungsbilanzdefizit im Wert von zehn Prozent des eigenen Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf. Griechenland hat sich gar Anfang 2008 einem Defizit von 15 Prozent des BIP genähert. Von der Fähigkeit der beiden

Volkswirtschaften, sich im europäischen Binnenmarkt zu behaupten, kann bei solchen Zahlen kaum noch die Rede sein!

Kommen deutsche, polnische oder türkische Anbieter auf Dauer mit niedrigeren Arbeitskosten aus; sind sie produktiver, bezahlen weniger Steuern oder können mit neuartigen Innovationen punkten, können sich die teureren oder weniger leistungsfähigen Branchen anderswo nicht halten. Die Folge: Betriebe müssen dicht machen, Unternehmen werden aufgekauft und in der Folge meist zusammengeschrumpft. Konsequenz am Beispiel Griechenland: Die mühsam aufgebaute, traditionell schwache industrielle Basis ist heute praktisch verschwunden. Ohne Importe geht schlicht nichts mehr.

Der Euro wurde 1999 aus der Taufe gehoben. Seitdem ist es für die Wirtschaft einfacher geworden, über europäische Grenzen hinweg Waren abzusetzen, Produktionsstätten zu bauen oder konkurrierende Unternehmen aufzukaufen. Eines der Grundprobleme dabei: Länder, deren Wettbewerbsfähigkeit sich verschlechtert, haben nicht mehr die Möglichkeit, über eine Abwertung ihrer Währung Ausfuhr pauschal billiger zu machen und Importe zu verteuern.

Vor der Währungsunion haben die meisten Mitgliedsländer ungefähr so viel importiert wie exportiert – in den Neunzigern ist ein heutiges Euroland im Schnitt gut zwei Prozent des BIP von einer ausgeglichenen Position seiner Leistungsbilanz abgewichen. Bis 2007 haben sich die zusammengenommenen Ungleichgewichte verdreifacht – auf durchschnittlich sechs Prozent. Während Deutschland, Österreich und die Niederlande heute satte Überschüsse aufweisen, haben sich die Defizite in Griechenland, Spanien, Portugal – aber auch in Frankreich, Belgien, Irland und Italien – noch mal vertieft.

Defizite im Handel haben mit Verstößen gegen die Verschuldungsziele des Stabilitätspakts aber unmittelbar nichts zu tun. Irland und Spanien waren bis zur Ausbruch der Bankenkrise Musterschüler in Sachen Schuldenabbau. Aber: Viele Bürger haben sich – gelockt von billigen Krediten – an den Kauf einer Wohnung oder einen Hausbau gewagt. Die Volkswirtschaft hat private Schulden angehäuft – bis letztendlich die öffentliche Hand einspringen musste.

Mit Einstieg in die Währungsunion hätte Europa intelligente und mutige Lösungen gebraucht, um Ungleichgewichten vorzubeugen, um den Lebensstandard und die Leistungsfähigkeit in den Volkswirtschaften der Euro-Zonen anzugleichen. Finanzhilfen nun als gut verzinsten Rettungspakete auszuzahlen, ist nicht nur egoistisch und scheinheilig, sondern auch ineffizient. Ähnlich des Länderfinanzausgleichs in der Bundesrepublik braucht es auch auf europäischer Ebene Instrumente, um die Schere zwischen Boom-Regionen und abgehängten Gebieten zu schließen. DIE LINKE. hat in ihrem Europawahlprogramm 2009 außerdem eine europäische Wirtschaftsregierung gefordert, um Lohn- und Steuerdumping im europäischen Währungsraum zu verhindern. Aus ökonomischer Vernunft, aber auch um allen Mitgliedsländern gleichermaßen die Möglichkeit zu sozialem Fortschritt zu sichern.

EU-Kommission, Bundesregierung und Europäische

Zentralbank haben stattdessen auf einem orthodoxen und unflexiblen Stabilitäts- und Wachstumspakt beharrt. Länder, die den Euro einführen, müssen eine Gesamtverschuldung von weniger als 60 Prozent des BIP aufweisen und in der Folge ihre Neuverschuldung auf jährlich drei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts begrenzen. Die Verschuldungsgrenzen sollen dazu dienen, Preissteigerungen durch Inflation zu verhindern. Leider kennt der Stabilitätspakt keinerlei Differenzierung zwischen wirtschaftlichen Boomphasen und Krisen. Keine Unterscheidung zwischen mäßigen Defiziten, knapp über der „magischen Drei“ oder erheblichen Defiziten, die sehr wohl Alarmsignale auslösen sollten. Auch macht der Pakt keinen Unterschied, ob Gelder aus dem Fenster geworfen werden, etwa in milliardenschwere Rüstungsprojekte, oder ob Ausgaben finanziert werden, die langfristig der Wirtschaftskraft dienen und Bildung, Gesundheitssysteme oder umweltgerechte Infrastruktur verbessern. Kaum nötig zu sagen, dass abgestufte Rezepte für Länder mit Aufholbedarf ebenso wenig vorgesehen sind.

Stabilitäts- und Wachstumspakt 2.0: Automatisierte Fehlentscheidungen drohen!

Das absurde Resultat heute: Die EU-Kommission hat gegenwärtig gegen 24 Mitgliedsländer (von insgesamt 27!) Verfahren wegen Verstoß gegen den Stabilitätspakt eröffnet. Die Regel bis heute ist jedoch, dass Sanktionen wegen zu hohen Defizits vom Rat – dem Gremium der Regierungen – bestätigt werden müssen. Empfindliche Sanktionen wegen Überschreiten der Defizitgrenze hat es deshalb bisher nicht gegeben. Hardliner sagen: Kein Wunder, denn Kriminelle bestrafen sich nicht gegenseitig. Dies soll sich nun ändern.

Als Teil des „Economic Governance“- Pakets werden die Verschuldungsregeln bald radikal verschärft. Mit dem „Stabilitäts- und Wachstumspakt 2.0“ soll die Kommission „quasi-automatisch“ Sanktionen verhängen, wenn Sparvorgaben nicht eingehalten werden. Blockaden durch den Rat werden erschwert. Europas Konservative, die die hohe Staatsverschuldung gerne auf mangelnde Disziplin einiger Südländer schieben würden, jubeln, weil die Reformen von den Milliardengeschenken an Banken und Fehlkonstruktionen des Währungsraums ablenken. Wir meinen: Automatisierte Fehlentscheidungen, die blind für komplexe wirtschaftliche Prozesse und Abhängigkeiten sind, bringen Europa sicher nicht aus der Krise!

Doch: Zwei weitere Fehler an der ehrgeizigen Reform wiegen ebenso schwer. Während bisher die Gesamtverschuldung eines Mitgliedslandes praktisch nur für den Beitritt zur Eurozone eine Rolle gespielt hat, will die EU nun Weltmeister werden im Abtragen von Schuldenbergen. Innerhalb weniger Jahre soll die Budgets klein geschrumpft werden, auf die maximale Verschuldungsrate von 60 Prozent des jeweiligen BIP. Wer sich vor Augen führt, welche Sparanstrengungen beinahe allen europäischen Ländern alleine das Vorlegen eines ausgeglichenen Haushaltes bedeutet, kann die Wucht der nun drohenden Sparpakete abschätzen.

Und nach dem Willen der offensichtlich neoliberal verblendeten Gesetzgeber soll es tatsächlich reines Kürzen, Sparen und Zusammenstreichen sein, um zurück zur „magischen 60“ zu kommen. Der neue Stabilitätspakt sieht explizit vor, den Mitgliedsstaaten *Ausgabenziele* vorzugeben. Von einer Stärkung der *Einnahmenseite* durch die Besteuerung hoher Einkommen, Unternehmensgewinne oder von Finanztransaktionen ist bei der Reform keine Rede. Bei unverändertem Wettbewerbsdruck und stetigen Empfehlungen für Steuersenkungen, stehen die Chancen schlecht für eine auch nur halbwegs sozial verträgliche

Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.

Wirtschaftsregierung: Es trifft die Falschen!

Der zweite zentrale Baustein des Gesetzespakets zur wirtschaftspolitischen Steuerung: Die Union will makroökonomische Ungleichgewichte bekämpfen. Es ist wichtig, dass Brüssel dieses Thema endlich entdeckt. Gleichzeitig weigert sich die Bundesregierung jedoch mit Händen und Füßen dagegen, dass ihre weder europafreundliche noch wirtschaftlich tragfähige Exportfixierung in den Blickpunkt eines wirkungsvollen Überwachungsmechanismus gerät. Die EU-Kommission wird auch bei der Kontrolle von Ungleichgewichten weitestgehend freie Bahn bekommen.

Der Ablauf der Überwachung ist folgender: Die Beamten der EU-Kommission überprüfen für alle EU-Staaten einige wenige makroökonomische Indikatoren: die Höhe der Lohnstückkosten, Exportanteile, private und öffentliche Verschuldung usw. Weist ein Mitgliedsland „übermäßige“ Lohnstückkosten oder zu niedrige Exportanteile auf, kann die Kommission konkrete Reformen vorschreiben: Die Senkung des Mindestlohns, ein höheres Renteneinstiegsalter etwa, um nur zwei der typischen „maßgeschneiderten“ Empfehlungen abzuschätzen. Weigert sich die Regierung oder das Parlament des betroffenen Landes, die Maßnahmen so schnell und weitgehend umzusetzen, wie von Kommission und Rat gewünscht, sollen zügig Sanktionen verhängt werden. Strafzahlungen sollen im Regelfall 0,1 Prozent des BIP des betroffenen Landes betragen. Ein Betrag, der in etwa einer Erhöhung der Mehrwertsteuer um ein Prozent entspricht.

Linke, Grüne und Sozialdemokraten haben sich bei den Verhandlungen dafür eingesetzt, dass nicht alleine Defizite der Exportbilanz überwacht werden. Der Rat, wo ohne Angela nichts geht, blockt bei der Frage jedoch ab. Es ist wichtig, sich den Druck vor Augen zu führen, den die Bundesregierung von Beginn an auf die Verhandlungspartner aufgebaut hat. Die klare Ansage war: Die Reform soll noch vor der Sommerpause eingetütet werden. Um die Gesetzesnovellen noch vor der Sommerpause durch das Parlament zu treiben, haben sich die federführenden, mehrheitlich konservativen Abgeordneten des Wirtschaftsausschusses denn auch nicht gescheut, die konsensorientierte Kultur des EU-Parlaments und demokratische Gepflogenheiten zu beschädigen. Eine Hand voll Abgeordneter sind so ohne Rückendeckung des Plenums gegangen. Öffentliche Debatten sind – wenig überraschend – nicht zustande gekommen. Das Europäische Parlament hat auf Druck der Regierungen letztlich auch die Forderung nach Mitsprache bei der Gestaltung der Indikatoren aufgegeben. Die Frage der Indikatoren ist deshalb so zentral, weil sich hier der einzige bindende Ansatzpunkt findet, um den doch eher schwammigen Begriff der Ungleichheiten rechtswirksam zu definieren.

Nimmt man die beiden Reformpakete zusammen, addiert die Spardiktate an Griechenland, Irland und Portugal, als auch die bereits erschienen Empfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters sowie die glasklar neoliberale Ausrichtung des Merkel'schen Euro-Pakt dazu, kann man erahnen, welcher Angriff auf soziale Errungenschaften Europa in den kommenden Jahren bevor steht.

Während die Bürger in Griechenland, Irland und Portugal drakonische Spar- und Reformpakete im „Tausch“ für die dringend notwendige Kredite schultern müssen, droht nun Austerität für alle. Regierungen, denen keine Herabstufung ihrer Staatsanleihen auf „Ramsch“- Status droht, sollen stattdessen vor empfindlichen Strafzahlungen zittern. Mit dieser Wirtschaftsregierung, die keine ist, rückt das solidarische Europa, für das wir uns einsetzen, in weite Ferne.

Politikwechsel in Europa

Zum gleichen Thema referierte Elisabeth Gauthier (Direktorin der linken französischen Stiftung „Espaces Marx“, Mitbegründerin des europäischen Netzwerkes Transform und Mitglied im Nationalkomitee der KPF). Sie stellte uns einen englischen Beitrag zur Verfügung, unter dem Titel

„Towards a ‚Citizen’s Pact for a change in Policy in Europe‘“. Da wir eine inhaltsgleiche Übersetzung nicht gewährleisten konnten, stellen wir ihn auf unserer Internetseite im Original zur Verfügung.

VEREINSNACHRICHTEN

Protokoll der Jahrestagung des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation vom 16./17. April 2011 in Köln

1. Top Vereinsangelegenheiten:

a) Berichte des Vorstandes

Die Kassenprüfer beantragen die Entlastung des Vorstandes. Das geschieht einstimmig. Der Haushaltsplan für 2011 wird einstimmig gebilligt. (siehe nächste Seite)

b) Neuwahl des Vorstandes:

Die bisherigen Sprecher und Sprecherin sowie der Schatzmeister werden in getrennten Abstimmungen jeweils einstimmig wiedergewählt. Der bisherige erweiterte Vorstand wird einstimmig wiedergewählt.

Die Kassenprüfer werden einstimmig wiedergewählt.

2. Top Gemeinsame Veranstaltung mit dem Forum demokratische Sozialisten NRW: Wirtschaftseinrichtungen der öffentlichen Hand – Möglichkeiten der demokratischen Kontrolle.

Die zahlreichen, sehr informativen Vorträge wurden ausführlich diskutiert und sind in diesem Ergebnisheft dokumentiert.

3. Zum TOP „Europäische Wirtschaftsregierung – eine Perspektive?“ referierte am Sonntagvormittag zunächst Jürgen Klute, Europaabgeordneter der Linken, aus Herne, NRW (www.juergen-klute.eu) über Zielsetzung und Tätigkeit des Systems „Economic Governance in Europe“.

Im Anschluss daran referierte Elisabeth Gauthier, Direktorin der linken französischen Stiftung „Espaces Marx“. Mitbegründerin des europäischen Netzwerkes „Transform“ und Mitglied im Nationalkomitee der KPF, über ihre Erfahrungen mit der Politik der EU und die Aufgaben der Linken in Europa.

Beide Vorträge wurden ausführlich diskutiert.

Haushaltsbericht für den Zeitraum 1.1. bis 31.12.2010 und Haushaltsplan für 2011

	Ist 2009	Ist 2010	Plan 2010	Plan 2011
Beiträge	33.461,10	28.531,56	30.000,00	28.500,00
Ausgaben				
Politische Erlöse	24.278,00	21.350,00	20.900,00	24.255,00
Aufwandentschädigungen	598,00	360,00	600,00	360,00
Reise- Raumkosten Vorstand	1.351,80	1.205,70	1.400,00	1.200,00
Reise- und Raumkosten Verein	3.582,45	3.017,65	3.600,00	3.000,00
Kosten Geldverkehr	67,87	73,82	70,00	75,00
Porto, Ergebnisheft	523,14	238,37	600,00	240,00
Gesamte Ausgaben	30.401,26	26.245,54	27.170,00	29.130,00
SALDO	3.059,84	2.286,02	2.830,00	./. 630,00
<i>Kassenbestand per 31.12.10: 85,88 Euro</i>				
<i>Kontobestand per 31.12.10: 8.372,03 Euro</i>				

Zur Erläuterung: Die Beitragseinnahmen lagen 2010 niedriger als im Jahr 2009. Das war zu erwarten gewesen wegen der Einmaleffekte aus der Auflösung regionaler

Kassen in 2009. Diese Einmaleffekte sind in 2010 nicht mehr aufgetreten. Für das Jahr 2011 wird deshalb ein verglichen mit 2010 gleichbleibendes Beitragsaufkommen er-

wartet. – Die Ausgaben für die Politischen Berichte waren 2010 im Plan. Für 2011 wird ein Anstieg erwartet, vorrangig wegen der jetzt im gesamten Jahr auftretenden zusätzlichen Aufwendungen für die redaktionelle Betreuung und die Kosten für die Pflege der Internet-Seite der Zeitschrift. Beide Aufwendungen entstanden 2010 erst ab dem späten Frühjahr.

Bei den übrigen Aufwendungen wird für 2011 erwartet,

dass sie sich in etwa der gleichen Höhe wie 2010 bewegen werden.

Das zu erwartende geringe Defizit kann aus den Kassen- und Kontobeständen des Vereins gedeckt werden.

Antrag:

Der Vorstand beantragt die Entlastung für das Haushaltsjahr 2010 und die Annahme des Haushaltsplans für 2011.

**2011 Kostenrechnung Politische Berichte 12 Ausgaben/Jahr, 24 Seiten
(ohne Internetredaktion)**

I. geschätzte Erlöse aus Aboverkäufen in€ (inkl. gesetzl. MwSt von 7%)

Abonnenten: Stand Dezember 2010

A	B	C	D	E	
	Bezieher	Exemplare			Summe
Insgesamt	248	364			16.473,30 €
abzgl. MwSt 7%					1.077,69 €
bezahlte Exemplare:		291	voraussichtl. Nettoerlöse		15.395,61 €

Herstellungskosten beim Verlag (Nettopreise)

Ausgaben: 12

Art des Aufwands	Anzahl	Einheit	Einzelpreis	pro Ausgabe	pro Jahr
Summe				2.956,84 €	35.482,12 €

Zuschußbedarf durch Herausgeber

in Rechnung zu stellen	pro Jahr	pro Monat
Herstellungskosten	35.482,12 €	2.956,84 €
minus Aboerlöse	-15.395,61 €	-1.282,97 €
Nettozuschußbedarf Herstellung	20.086,51 €	1.673,88 €
plus 7% MwSt	1.406,06 €	117,17 €
Bruttozuschußbedarf für Herstellung	21.492,57 €	1.791,05 €

Zuschussbedarf in Prozent: 60,6% (59,7% Vorjahr)

Vergleich mit 2010: monatlicher Rechnungsbetrag neu: 1795,00 (alt: 1775,00 Euro), Erhöhung um 20 Euro/monatlich (1%)

Bericht über die Kassenprüfung für das Jahr 2010

1. Die Kassenprüfung wurde von den Kassenprüfern Harald Gindra und Michael Ohse am 23. März 2011 in Berlin durchgeführt.

2. Die Belege der Einnahmen und Ausgaben vom 1.1.2010 bis 31.12.2010 inklusive Eingangsrechnungen, die entsprechenden Kontoauszüge sowie die Barkasse lagen zur Prüfung vor.

3. Der Barkassenbestand beträgt 85,88 € zum 31.12.2010 und wurde überprüft. Der Kontostand zum entsprechen-

den Zeitpunkt ist mit 8.372,03 € im Haushaltsbericht korrekt ausgewiesen. Somit beträgt das Vereinsvermögen zum 31.12.2010 8.457,91 €. Außenstände bestehen nicht.

4. Die Kassenprüfer haben keine Beanstandungen und beantragen die Entlastung des Vorstands.

Berlin, 23. März 2011,

Harald Gindra / Michael Ohse

Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation e.V.:

Kontakt, Mitglied werden, Beitrag zahlen ...

... in all diesen Angelegenheit ist Ansprechpartner: Alfred Küstler, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart.
Telefon: 0711-624701, Fax: 0711: 621532, Email: alfred.kuestler@gnn-verlage.com.

Nächste Jahrestagung am 31. März / 1. April 2012 in Mannheim

Nähere Angaben erfolgen rechtzeitig in „Politische Berichte“.

Wer zu den jährlichen öffentlichen Versammlungen des Verein eingeladen werden möchte, erfährt das entweder aus den „Politischen Berichten“ oder er kann uns seine Email-Adresse angeben und wird per Mail daran erinnert.

Der Mitgliedsbeitrag beträgt mindestens 5 Euro im Monat. Das Mitglied zahlt seinen Beitrag auf das Vereinskonto:
Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation e.V., Konto Nr. 131122602 bei der Postbank, BLZ 500 100 60.

Impressum: Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation e.V., c/o GNN Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgegeben vom Vorstand: Christoph Cornides.

transform!

european network for alternative thinking and political dialogue

www.transform-network.net

Elisabeth Gauthier (elgauthi@internatif.org)

Contribution to the European Conference of 31 may 2011

CHANGING POLICIES IN EUROPE

**Faced with a new stage of the crisis in Europe,
How to conceive an alternative to the public debt crisis and austerity?**

Towards a “Citizen’s Pact for a change in Policy in Europe”

Four principles for conceiving an alternative.

1. This is an all-Europe crisis.

The crisis is particularly severe in Europe — which is not unconnected with the very manner with which Europe is being built, on the precepts of “pure neo-liberalism” and interests of “core Europe”.

Continuing the logics of competitiveness and austerity after the crisis outbreak in 2008— as against cooperation, social justice and democracy — has led to unmanageable inequalities. Society is increasingly undermined by austerity policies, in some countries, the productive apparatus were largely destroyed. The EU is threatened by splits between its central and peripheral countries. This much is evident: a monetary union cannot become viable without a project of economic, social and ecological development that is geared to solidarity and democratic construction.

The lack of balance, which existed before the crisis, has not been overcome. The States have saved the banks without giving themselves any means of controlling them. They have restored the power of the financial markets by giving up any attempt really to control them, developing socially and ecologically useful forms of research and production or increasing public revenue. Faced with choosing between the people and the financial markets, their choice has been to transfer the load of the debt to society. “Plans to help” do not support the productions and services, but the obligation to install austerity and ending with the social model; they expropriate the society through extensive privatization.

The crisis in Europe takes different forms in accordance with each nation’s situation. Are added to the poor - increasing despite the European year ‘fight against poverty’ (!) in 2010 - employees, retirees, middle class, youth being depleted due to unemployment, precarisation, low wages. It is everywhere the same determination to dismantle the social model. According to the “cream of society”, the time has come to do this in the context of the great crisis, and the population is “ripe enough” to accept this. However, throughout Europe those who are resisting this are saying in unison “we do not want to pay for something for which we are not responsible”. The outcome of this confrontation is uncertain.

2. This is class conflict.

We are not faced with a “technical” problem of managing the public debt but rather are involved in a major social and political conflict. With the “Euro Plus Pact”, a fresh step has been taken towards an authoritarian Europe. The offensive to alter the balance of power in favour of the rich and powerful is being organised everywhere.

Once we are determined to oppose the development of, resentments, discriminations and nationalist divisions we have to bring out the real nature of this confrontation between those classes that dominate in the framework of financial capitalism and all those who are dominated in European society. This involves clarifying such proposals as will enable the struggles to become more efficient and broaden their support. By crystallising the very nature of this confrontation, such alternative proposals

would be able to brake or even prevent the conflicts being diverted onto the areas of discrimination, resentment and nationalism.

There is a great danger of seeing the brutal policies being carried out by European government bodies leading to divisions and the search for scapegoats inside societies and in Europe. A “nationalisation” of problems would only give more weight to the nationalist trends, to populist and extremist right wing forces already very present in Europe as well as to splits between North and South or East and West parts of the continent. More generally, one is forced to note that the aggressive logics of financial capitalism constitute threats for democracy and peace and call for the setting up of broader fronts to oppose them.

Concerning movements, it seems about time to bring together those who essentially protest against “finance” and those who define their stand in opposition to “capitalism” — in other words those who have stressed the radical criticism of financial power and those who base their actions on the critique of labour/capital/relations. Regarding ecological challenges, it also seems clearer that they cannot be tackled seriously in the context of current logics. Faced with the offensives linked to the public debt and austerity, the different movements, be they social, political, Trade Union, antiglobalization or ecological, can only bring their struggles closer to face up to a logic that is visibly more destructive than each of them face regarding their specific objectives. The recent ETUC Congress shows that, faced with the turning point that the “Euro Plus Pact” represents, its stand is tipping towards a more direct criticism of European policies and leading to a European Day of Action on 21 June. It is significant that many new public self-managing areas are opening up - movement "los indignados" shows the dimensions that it can take in the current period - as well as working spaces from which convergence in struggle can emerge.

3. Working towards a “Citizen’s Pact for a change of policy in Europe”.

If a “Pact” must be signed in this 21st Century, it should be for the peoples, not for finance. What we need is a pact that breaks with the logic underlying the Lisbon Treaty. It must break with the logics based on competitiveness, job insecurity, the impoverishment of our populations, privatisation and commercialisation, on discrimination and division and political authoritarianism.

The absence of positive perspectives, the feeling of powerlessness, of resentment and division in the societies and the EU offer a very favourable soil for the growth of radicalised right-wing populist forces that endanger the democracy and human values that, today, characterise the political landscape of many European countries. In the guise of defending one part of these populations they push still further than the “traditional” Right the drive for abandoning any vision of solidarity in society.

Reforms that break with the past are needed. We are mobilising for European responses to the crisis. European resources and possibilities for action must be used to resolve the common problems of countries in ever increasing difficulties in a perspective of social justice and solidarity, breaking with the harmful logic of competitiveness instead of embodying and registering them in all the European treaties and measures.

Without a deep réorientation the European project, without a re-invention of the idea of Europe, we can not consider an exit from the crisis. The bursting of the European Union would only aggravate the asymmetries, the competitive tenders, domination and conflict. This shows the urgent need for an alternative that can emerge only on the basis of a broadly shared will of citizens.

4. Connecting the European and national issues so as to change European politics — a matter of urgency!

Today, struggles are developing in an essentially national context of trying to stop the austerity offensives and regressive reforms. But the recent European decisions surround more than ever all national policies. But the recent European decisions surround more than ever all national policies. This implies that we must oppose all the "Euro Compact Plus and the concrete consequences - the austerity policies - at national level and inform people about the European dimension of social confrontation now underway. This is to ensure emergence of a power of interpretation. This presupposes being opposed, at the same time, to the “Euro Plus Pact” on a European scale and of making clear, everywhere, the European dimension of the social conflict that is taking place. This involves defining the target of people’s anger, which implies, on the political level, opposing both the governments and the European bodies that are applying the same logic; demanding a change of policy at both levels. The backbone of any alternative logic must, in consequence, have both a national and a European aspect. Convergence can then emerge in place of division once a class analysis is applied to the conflict that is taking place.

Drawing up a “Citizen’s Pact for a change of policy in Europe” could become an open and unifying framework for such work.

In the struggles that are being organised at national level, it will be up to the organisations and networks at European level to contribute to enabling them to take the European level into account. Thus their protests and those against the EU’s logics will strengthen one another simultaneously in a common effort of all the forces that are moving in each country. What is important

is to show the extent to which the European and national bodies (in which some strata are exercising dominant power) are acting in concert to impose the same policies.

The defence of democracy is becoming an issue for Europe. The struggle the regeneration of democracy so that it becomes a reality is raised at local, national and European levels. The demand for economic and social democracy as well as the principle of people's sovereignty clash directly with the Euro Pact Plus the challenging of which is a major issue for us all.

The defense of democracy becomes a European issue. The struggle for the regeneration of democracy so that it becomes real arises at the local, national, European level. The requirement for economic and social democracy as well as the principle of popular sovereignty collide directly with the Euro pact, an issue for everyone.

Four lines of action in the interest of the people against the European crisis.

1. **Drawing up a European solution for getting out of the explosive situation of the public debt as a matter of economic and political urgency.** This is a necessity for avoiding a chaotic as well as for countering the split between the "centre" and the "periphery", the development of other splits, resentments and nationalism.
 2. **Pushing back the power of the financial markets in a lasting manner** and protecting the economy from the pressures and instability they generate. Lowering the rate of remuneration of capital, which has exploded in the last few years.
 3. **Developing a political New Deal for the 21st Century and fighting the asymmetries in Europe**, setting up a mode of economic and social cooperation to meet the needs of the population and to counter the asymmetries and promote a new mode of development in Europe.
 4. **Undertaking a policy of significant wealth redistribution**, to counter the impoverishment of societies, the intensification of the social crisis, job insecurity, the reduction of social budgets and the drop in public revenue.
1. **Meeting the needs of the populations instead of the interests of the bankers and financiers by a double strategy that provides an alternative to the public debt.**
 - a. **The immediate reduction of the burden of the debt**, particularly in countries in a critical situation, by an act of European solidarity. Organising a restructuring of the debt on the basis of transparent audits so as selectively to cancel abusive debts, making profiteers contribute, introducing a factor of social justice and releasing resources for useful public expenditure.

A series of reforms and measures that correspond to such a perspective: the reduction of the rate of interest and extending the period of repayment; the cost of servicing the debt must be less than the rate of growth; a debt court and a public audit to ensure transparency and identify the main creditors and the amounts owed; reconstructing the public debt by agreements at European level, for example by setting a ceiling to servicing the debt at a certain percentage of the GDP; making the main creditors in particular contribute by cancelling the "illegitimate" part of the debt; changing the mission of the ECB in favour of development of the Euro zone by supporting the States instead of the private banks; monetary creation in favour of the States and challenging the independence of the ECB; freeing the States from the threats of the financial markets by guaranteeing the purchase of public bonds by the ECB; creating new institutions jointly with the ECB (a Public Investment Bank as proposed by the DGB, a European Fund for social development and solidarity as proposed by the ELP) free from the pressure of the financial market; controlling the credit rating agencies to ensure the transparency of their calculations; setting up a European (and not just national) supervision of banks; obliging banks to increase their equity capital; limiting the risks that banks may take and their externalisation of such risks; developing the public sector in particular with regard to key banks for investing in useful social and ecological projects.
 - b. **Increasing public revenue and available public resources for useful actions:** by a new taxation system of social justice and economic efficiency so as to harmonise Europe upwards; effective taxation of not only transfers but also of the property and income of major companies; measures against tax evasion and the "black economy"; reducing the provision of public assistance to employers without any commitment on their part; lowering military expenditure; harmonising European taxation systems and fighting against fiscal dumping.
 2. **Pushing back the powers of the financial markets and protecting the economies from the pressure and instability they generate.**
 - Strict Isolation of the financial markets; a profound restructuring of financial institutions; forbidding banks from speculating on their own behalf and separating its investment activities from its commercial ones; forbidding Credit Default Swaps and other highly speculative and harmful tools; calling into question the free circulation of goods and capital between the EU and the exterior; alter the content of bilateral agreements; alter restrictive exchanges and

objectives regarding social and ecological matters; reduce the liquidities and extent of speculation by controlling the movement of capital and a Tax on Financial Transactions; try to limit financial transactions to those that correspond to the needs of the real economy; put a ceiling on the remuneration of traders and greatly increase taxes on high incomes to discourage the race for high returns; strengthen the counter-balancing powers within firms; reduce the dependence of firms on the financial market by developing a policy of public credit; eliminate the “black holes” that make ineffective the requirements of public controls (levered buy outs, tax havens).

- Push back the burden exerted by the financial markets, the shareholders and other funds on the real economy, on the management of firms, on labour, agriculture and human activities as a whole; introducing new criteria and means of credit to encourage the development of society rather than that of finance; creating instruments outside the influence of the financial markets as a concrete alternative to encourage public investment in Europe whose resources would come from the ECB, from new taxes as well as the European budget — which would work in favour of infrastructures and public services, of employment research and training.

3. Developing a 21st Century New Deal and fighting the asymmetries in Europe.

- Inverting the logics that are supposed to fight not only the consequences but also the causes of this great crisis. A new conception of European political economy to meet the needs of the peoples rather than the markets; replacing the “stability pact” by a “pact for jobs solidarity and a new kind of development”; setting up a development plan based on economic efficiency, social democracy and a profound renovation of the EU with another distribution of wealth; stopping privatisation; setting up a programme of public anti-crisis public investment (see the proposals of the ECTU); ensure a real co-ordination of macro-economic policies and a concerted reduction of trade imbalances between European countries; adjust the imbalances of payment in Europe by a Settlement Bank (that would also organise loans between European countries); developing a European research and industry policy by facing up to the lack on investment by capital; developing a new European model of fuel and power, transport; set up a European fiscal system (taxes on profits ...) and a real European budget to encourage convergence (in particular with the EEC, the periphery and those sectors facing difficulties); launching a vast European plan to undertake the ecological and economic conversion of Europe; change the contents of the cooperation treaties to make them agreements for cooperation instead of for war.

4. Changing policies so as to fight the social and political disaster and revise the European Treaties.

- Stimulating a better distribution of added value in favour of the wage earners; considering wages as the driving force of the economy and a means of giving fresh life to measures of social protection based on wages; stopping social and wages dumping within the EU; reducing wage inequalities and moving towards a minimum wage higher than the national poverty level everywhere in Europe; guaranteeing social minima and pensions that enable decent living conditions; respecting migrants and their social and democratic rights; giving taxation and social security contributions a strongly redistributive character; stopping the privatisation and expropriation of European companies by the banks, insurance companies and financiers; developing a policy of “public property”; stopping the privatisation of retirement and pension systems; moving towards a universal system of social protection; stopping job insecurity, creating decent jobs and reducing working hours; encouraging the participation of trade unions and strengthening social democracy; developing a model of overall social protection and harmonising them upwards as a means of fighting social dumping, exclusion and impoverishment; moving towards legal access to public services of quality; recovering formerly public services ; developing public property inspired by the best social and democratic practices.
- The European Treaties are based on the principles of free competition and neoliberal precepts. The undoubted failure of this model — rejected by the majority in the referendums held in certain countries — calls for a profound reorientation. This presupposes a great public debate, as opposed to the “political expropriation” of European citizens, a radical democratisation of power and amendment of the European Treaties.



**Journal *transform!*
europe
Issue No. 8**
The English edition of the *transform!* magazine vol. 8 has been published recently. From now also a French and a German edition will be available.

Subscribe to the *transform!* newsletter

The *transform!* newsletter is published monthly and is a free e-mail service of our network. To sign up just send an e-mail to: office@transform-network.net or refer to our website